

## Internationale Rundschau

### "Wilde Streiks in Schweden

Seit dem großen Metallarbeiterstreik im Jahre 1945, der fünf Monate dauerte und zum Schluß mit einer Lohnerhöhung von acht Ören je Stunde endete, hat es in Schweden keine größere Arbeitsniederlegung oder Aussperrung gegeben. Auch wilde Streiks waren selten und konnten gewöhnlich in wenigen Tagen beigelegt werden. Im letzten Jahr wurde jedoch die Zahl dieser gewerkschaftlich nicht sanktionierten Streiks zahlreicher und der Metallarbeiterverband hat sich im Rahmen einiger Untersuchungen sehr ernsthaft mit dieser Frage befaßt. *Åke Nilsson*, der Vorsitzende des Verbandes, schrieb im Vorwort zu einem kürzlich erschienenen Buch „Vilda strejker“, daß die in dem Buch „angeführten Untersuchungen Anlaß zu gewerkschaftlicher Selbstkritik und zur Überprüfung allzu eingewurzelter Methoden gewerkschaftlicher Aktivität und Information sein könnten“.

Im November 1969 kam es zum Streik der Göteborger Hafenarbeiter, und im Dezember legten die Bergarbeiter im Kirunagebiet die Arbeit nieder. Beide diese Aktionen standen im Widerspruch zu der tariflichen Friedenspflicht und konnten deshalb von den Gewerkschaften nicht sanktioniert werden. Die Arbeiter konnten somit keine gewerkschaftliche Unterstützung erhalten und müssen unter Umständen mit einer Schadenersatzklage rechnen, welche gewöhnlich mit einem Urteil von je 200 Kronen ausfällt.

Wie bei den meisten dieser spontanen Streiks ist der Ausgangspunkt bagatelartig. Dahinter steht jedoch immer eine lange gärende Unzufriedenheit mit bestimmten, meist lokal bedingten Arbeits- und Lohnverhältnissen. In den Untersuchungen des Metallarbeiterverbandes wird besonders auf Zwi- stigkeiten bei der Akkordberechnung und auch bei Entlassungen hingewiesen. In Göteborg war die Streikursache die fristlose Entlassung von zwei Arbeitern, welche sich geweigert hatten, Überstunden zu machen, und welche auf den Vorwurf des Arbeitsleiters, daß sie zu langsam gearbeitet hätten, antworteten, „daß er sein Achtkronenschiff alleine abladen und damit zur Hölle fahren könnte“. Das war keine höfliche Reaktion, aber sie war verständlich, wenn man beachtet, daß die Arbeiter bei dem Entladen des Schiffes, es handelte sich um eine Salzlast, nur auf 8 Kronen die Stunde kommen konnten (deshalb „Achtkronenschiff“), während sie bei anderen Frachten oft das Doppelte verdienten.

Aus Protest legten alle ungefähr 600 Hafenarbeiter die Arbeit nieder. Dabei blieb es auch, als die Entlassung in eine zweiwöchige

Suspension umgewandelt wurde. Erst nach Ablauf dieser Zeit nahmen die Streikenden zusammen mit ihren beiden Kollegen die Arbeit wieder auf. Für die Arbeiter bedeutete der Streik einen Lohnverlust von zwei Wochen, für die Reeder, welche von der übereilten Reaktion ihres Hafenkontors sicher nicht begeistert waren, brachte der Streik Millionenverluste.

Bald nach dem Streik in Göteborg kam es zum Konflikt in den staatlichen Eisengruben von Kiruna. Am 9. Dezember trat eine Gruppe von 35 Arbeitern in den erst vor einigen Jahren eröffneten Gruben von Svappavaara in den Sitzstreik, nachdem sie entdeckten, daß der Inhalt ihrer Lohntüten, trotz tariflicher Lohnerhöhung, geringer war als zuvor. Die Ursache war eine komplizierte Akkordberechnung. Aus dieser kleinen und, wie man annahm, kurzfristigen Arbeitseinstellung wurde im Laufe eines Tages ein totaler Streik der gesamten mehr als 4000 Mann umfassenden Belegschaft der staatlichen LKAB-Gruben (Luossavaara - Kirunavaara AB). Ähnlich wie in Göteborg war auch dieser Protest der 35 Arbeiter nur ein Ausdruck einer seit langer Zeit vorhandenen Unzufriedenheit. Da liefen seit Monaten ergebnislose Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Betriebsleitung um ergänzende Tarifbestimmungen, da gab es einen dauernden Streit um die immer komplizierter werdenden Akkordberechnungen und die neu eingeführten Zeitstudien nach dem amerikanischen UMS-System (Universal Maintenance Standards). Da gab es böses Blut, weil Beamte und Angestellte gegenüber den Arbeitern eine ganze Reihe von Vorrechten hatten, während die Arbeiter gleichzeitig mit kleinteiligen Arbeits- und Verhaltensvorschriften bevormundet wurden.

Weder die Hafenarbeiter noch die Grubenarbeiter gehören zu den schlechtbezahlten Lohngruppen, und was die lappländischen Eisengruben betrifft, so gehören sie zu den modernsten der Welt. Allgemein bestand bisher die Ansicht, daß auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Schutz- und Gesundheitsvorschriften sowie andere soziale Einrichtungen mustergültig sind, und trotzdem nun diese Eruption langangestauter Unzufriedenheit. Es ist ein kompliziertes Spiel von Widersprüchen, was sich hier offenbart.

Einmal ist da der Kampf zwischen Mensch und Maschine, zwischen Stoppuhr und dem „menschlichen Faktor“, wobei der letztere sehr leicht zwischen die Räder einer zu weit getriebenen Rationalisierung und Effektivisierung geraten kann. Auf der anderen Seite sind gerade Rationalisierung und Effektivisierung der Produktion unbedingte Voraussetzungen des Wohlstandes. Ganz besonders gilt dies für ein Land wie Schweden, das auf der einen Seite

die höchsten Löhne und den höchsten Lebensstandard hat, dessen Industrie aber gleichzeitig mit Ländern mit weitaus niedrigeren Löhnen konkurrieren muß. Nicht immer ist es leicht, aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden.

Der Konflikt in Kiruna zeigt auch, daß Verstaatlichung absolut keine Garantie für bessere Arbeitsverhältnisse bedeutet, ganz abgesehen davon, daß sie nichts mit Sozialisierung zu tun haben muß. Die LKAB-Werke sind staatlich, die Regierung dieses Staates ist eine sozialdemokratische, der höchste Direktor der Werke ist ein alter, kluger und ehemals radikaler Sozialdemokrat, im Aufsichtsrat sitzt außerdem der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, und trotzdem konnte es zu dem größten Streik seit 1945 kommen.

Die mangelnde Kommunikation zwischen „oben“ und „unten“ war eine der Ursachen der wilden Streiks in Kiruna, Göteborg und an anderen Stellen. Noch heute sind die meisten Betriebe sowohl in kapitalistischen wie in kommunistischen Ländern (vielleicht mit Ausnahme Jugoslawiens) im Grunde genommen entsprechend militärischen Prinzipien hierarchisch von oben nach unten aufgebaut. Die Befehlsgewalt liegt bei der Betriebsführung und den von ihr beauftragten Arbeitsleitern, während die Arbeiter nur ausführende Organe sind, die ähnlich wie beim Militär, zu gehorchen haben. Ein wirklich demokratisches Mitbestimmungs- und Mitberatungsrecht existiert nicht. Die Betriebsräte in Deutschland und die Betriebsausschüsse in Schweden sind zwar Ansatzpunkte dazu, aber absolut nicht mehr, und die Zulassung eines Gewerkschaftsvertreters in Aufsichtsräten ist absolut kein Gegengewicht gegen diesen hierarchischen Aufbau. Ob privat oder staatlich organisierte Wirtschaft, ob in einem sozialdemokratisch, bürgerlich oder kommunistisch regierten Land, die Demokratie steht meist immer noch außerhalb der Fabrikpforten.

In Kiruna wurde der mangelnde Kontakt zwischen „Befehlshabern“ und „Untergebenen“ noch dadurch erschwert, daß das Hauptkontor mit der Direktion seinen Sitz nicht in Betriebsnähe, sondern 1500 Kilometer entfernt in Stockholm hat. Zweifellos hätte eine größere Betriebsdemokratie mit häufigeren Gesprächen zwischen Betriebsleitern und lokalen Arbeitervertretern viele der Ursachen des Streiks eliminieren und somit einen enormen Produktionsausfall verhindern können. Schon jetzt hat die Betriebsleitung eine ganze Reihe von Zugeständnissen gemacht, welche, wären sie früher gekommen, einen Konflikt unnötig gemacht hätten.

In Kiruna offenbarte sich auch ein äußerst tragischer Zwiespalt zwischen der Gewerkschaftsführung und der Mitgliedschaft. Die zunehmende Zentralisierung auch in den Gewerkschaften, die Schaffung von Großabtei-

lungen und die Überführung der meisten Aufgaben und Funktionen auf festangestellte Funktionäre hat den Abstand zwischen Mitgliedern und Leitung unnötig vergrößert, den Kontakt erschwert und das Interesse der Mitglieder an aktiver Mitarbeit vermindert. Im selben Sinne wirken leider auch die zentralen Tarifverhandlungen, obwohl gerade diese für die schwächeren und schlechter gestellten Arbeitnehmergruppen sehr vorteilhaft sind. Dagegen bleiben bei diesen zentralen Verhandlungen viele lokale Fragen offen, deren Regelung sich dann lange hinziehen kann. Außerdem ist das Entscheidungsrecht der Mitglieder weitgehend eingeschränkt. Die meisten Verhandlungskontakte bestehen zwischen den leitenden Gewerkschaftsstellen und der Betriebsbürokratie ohne direkte Einflußnahme der betroffenen Betriebsangehörigen. Dies ist in staatlichen Betrieben allem Anschein nach noch stärker ausgeprägt als in privaten.

In Kiruna war die Kluft zwischen Mitgliedern und Gewerkschaftszentrale noch dadurch größer, daß auch der Sitz des Bergarbeiterverbandes weit entfernt in Grängesberg ist, also von Kiruna so weit entfernt, wie Flensburg von Mailand in Italien. Die Arbeiter der staatlichen Bergwerke im Kirunagebiet, welche 43 % der Mitgliedschaft des Verbandes stellen, haben jedoch keinen Repräsentanten im Hauptvorstand. Die Verbandskongresse, welche bisher alle vier Jahre stattfanden, sollen ab 1967 nur alle fünf Jahre stattfinden, wobei gleichzeitig die Zahl der Delegierten um ein Fünftel vermindert wurde. *Arne Geijer*, der Vorsitzende der schwedischen Gewerkschaften, erklärte, daß „interne Schwierigkeiten innerhalb des Bergarbeiterverbandes dessen Kraft vermindert hätten“. Gleichzeitig hielt Geijer die Forderungen der Streikenden weitgehend für berechtigt, wenn er selbstverständlich auch den im Widerspruch zur Friedenspflicht stehenden Streik ablehnen mußte.

Es ist beachtlich, daß der Bergarbeiterstreik in weiten Kreisen Schwedens als berechtigt angesehen wird. In einer Gallupuntersuchung äußerten sich 68 % der Befragten dazu positiv. Die meisten bürgerlichen Zeitungen halten die Kritik an der Betriebsführung und den aufgezeigten Mängeln für berechtigt. Der Bischof in Lulea in Nordschweden hat zur Kollekte für die Streikenden aufgefordert.

Die Vertrauenskrise zwischen der Gewerkschaftsleitung und der Arbeiterschaft wurde in Lappland verstärkt durch jahrelange Kämpfe zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Viele Jahre stellten die Kommunisten den Vorstand der lokalen Abteilungen, erst bei der letzten Vorstandswahl im Jahre 1968 unterlagen sie. In dem gewählten Streikkomitee sind jedoch die ehemaligen kommunistischen oder kommunistisch-sympathisierenden Gewerkschaftsfunktionäre stärker vertreten. Es

ist verständlich, daß die Kommunisten versuchen, mit Hilfe des Streiks viel verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen. 1970 sind außerdem Reichstagswahlen, und bei den permanenten Differenzen zwischen dem führenden *Dubcek-freundlichen* Flügel und der alten Garde konservativer Stalinisten und junger Maoisten, ist Nordschweden die einzige Chance, überhaupt noch einmal in den Reichstag zu kommen. Trotzdem ist es völlig falsch, anzunehmen, der Streik wäre das Werk kommunistischer Agitationen. Das Streikkomitee und die Streikenden selber haben während der ganzen Zeit die politische Ausnutzung des Streiks weitgehend unterbunden.

Erstaunlich ist der ungewöhnliche Zusammenhalt der Arbeiter, trotzdem es sonst hier nicht nur scharfe politische, sondern auch nationale Gegensätze gibt. Ein großer Teil der Bergarbeiter in Lappland, vielleicht sogar die Mehrzahl, sind entweder von Finnland oder stammen aus den finnischsprachigen Grenzgebieten am Torneä-Fluß.

In der Gewerkschaftsbewegung, aber auch in anderen Organisationen klagte man oft über Inaktivität der Mitglieder, selbst die den Kommunisten nahestehende Schriftstellerin *Sara Lidman* konstatierte vor einiger Zeit in einem Buch „Gruvan“ (Die Grube), daß die meisten Arbeiter der LKAB-Gruben recht uninteressiert an politischen und gewerkschaftlichen Fragen wären. — Die Ereignisse in Göteborg, in Kiruna und das Übergreifen der Streikbewegung auf andere Industriezweige Ende Januar zeigen jedoch, wie diese „inaktiven“ Arbeiter plötzlich sehr aktiv, kampfbereit und solidarisch auftraten. Davon waren die Arbeiter sicher selber ebenso überrascht wie Regierung, Gewerkschaften, Parteien und die Betriebsleitungen.

Insgesamt dürften diese sogenannten „wilden Streiks“, abgesehen von Lohn- und Produktionsverlusten auch positive Auswirkungen haben. Schon nach dem Göteborger Konflikt kündigte sowohl der Innenminister wie auch der Justizminister Gesetzentwürfe an, welche u. a. eine erhebliche Einschränkung des Kündigungsrechts der Unternehmer und überhaupt einen besseren Anstellungsschutz garantieren sollen. Im selben Rahmen sollen auch die Fragen eines erweiterten Mitbestimmungsrechts in den Betrieben erörtert und gesetzlich geregelt werden. Seitens der Gewerkschaften und auch seitens der sozialdemokratischen Partei hat man in den letzten Jahren vielfach die Verhältnisse der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien studiert und in vieler Hinsicht positiv gewertet, sicher werden gewisse dortige Erfahrungen auch in der künftigen Diskussion eine Rolle spielen.

In Jugoslawien ist die Selbstverwaltung ein Gegengewicht gegen staatliche Machtkonzentration und Bürokratismus, in Schweden war der Bergarbeiterstreik ebenfalls ein Protest ge-

gen allzuviel Zentralismus und Bürokratismus, und es ist nicht uninteressant, daß der erste größere Konflikt dieser Art in einem staatlichen Betrieb ausbrach.

Technik und Effektivität können leicht Selbstzweck werden, während der arbeitende Mensch ein Objekt im Arbeitsprozeß wird. Es gilt jedoch den Menschen als handelndes Subjekt in den Mittelpunkt zu stellen und die übrigen Faktoren zu werten als das, was sie sein sollten, als Mittel zur Hebung des Lebensstandards und zur Schaffung einer menschenwürdigen Existenz. *Walter Poppet*

## Österreich: Nun auch Arbeitszeitgesetz

Auf dem Arbeitssektor haben sich Österreichs Arbeitnehmer mit dem Volksbegehren und dem bereits vor längerem abgeschlossenen Generalkollektivvertrag (siehe Heft 12/1969 der Gewerkschaftlichen Monatshefte, S. 755) nun vollends durchgesetzt: Ende 1969 beschloß das Parlament ein neues Arbeitszeitgesetz, das die NS-Arbeitszeitordnung endlich ablöst und für alle Arbeiter und Angestellten die etappenweise Einführung der Vierzigstundenwoche verankert.

Das von der SPÖ veranstaltete Volksbegehren brachte demnach innerhalb weniger Monate die Verwirklichung eines bedeutungsvollen sozialpolitischen Zieles, der sich vordem die Unternehmer und ihre politischen Interessenvertreter jahrelang widersetzt hatten.

*Dr. Edgar Schbranz*